



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 8/2018

Lehrer sollen wieder mehr Lehrer sein

Kreis Bergstraße. Einen leichten Stand hatte Landtagsabgeordneter Alexander Bauer (CDU) nicht bei der Podiumsdiskussion „Schulen am Limit im Bildungswunderland Hessen“, zu der der Kreisverband Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Vertreter der Parteien im hessischen Landtag nach Bensheim-Auerbach eingeladen hatte und die von GEW-Mitglied Maria Späh moderiert wurde. Zahlreiche Besucher, überwiegend Lehrkräfte aus dem Kreisgebiet, und auch die Vertreter der Oppositionsparteien im Landtag konnten die Vorstellungen des Unionspolitikers nicht gänzlich teilen.

Bauer verwies in seinem Statement auf eine Lehrerstellenanzahl in Hessen, die so hoch wie noch nie zuvor sei. Zudem habe die Landesregierung die Bildungsinvestitionen in den letzten Jahren deutlich erhöht, weshalb in Hessen die Pro-Kopf-Ausgaben für die Bildung so hoch seien wie in keinem anderen Flächenland. Darüber hinaus habe Hessen die niedrigste Schulabbrecherquote. Diese sei, entgegen dem Bundestrend, sogar zuletzt deutlich gefallen. „Wir dürfen aber nicht zufrieden sein, denn das Bessere ist bekanntlich der Feind des Guten“, merkte Bauer an.

So positiv fiel die Analyse von Julia Schnepf, Vorstandsmitglied des Bergsträßer Kreisverbands der Partei Die Linke, nicht aus, die die kurzfristig ausgefallene bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gabi Faulhaber, vertrat. Sie verwies auf die jüngst veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) zur Prognose der Schülerzahlen und des Lehrkräftebedarfs in Hessen bis zum Jahr 2030. Diese weise einen deutlichen Mehrbedarf an Lehrkräften aus. Deshalb werde es höchste Zeit, an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen.

Misstände müssten beseitigt werden, um den Lehrerberuf auch so attraktiv gestalten zu können, dass er den notwendigen Zulauf erhalte. So ist aus Sicht der Linken etwa eine A13-Besoldung auch für Grundschullehrkräfte eine absolute Notwendigkeit. Auch müsse dafür gesorgt werden, dass befristete Verträge, bei denen am Ende die Lehrkräfte sogar ohne Sommerferienbezahlung dastehen, ein Ende finden. „Solche Dinge sind bodenlose Sittenwidrigkeiten“, so Julia Schnepf.

Auch Moritz Promny, Bezirksvorsitzender der FDP Südhessen-Starkenburger, verwies darauf, dass nicht ausgeblendet werden dürfe, dass noch immer an hessischen Schulen viele Stunden ausfallen. Einen deutlichen Hinweis darauf habe die Stichprobe der Landesschülervertretung im April gegeben, wo an 100 Schulen insgesamt 1600 Stunden ausgefallen seien. Von daher müssten eine Lehrerversorgung von mindestens 105 Prozent und die Unterstützung der Lehrkräfte durch pädagogisches Fachpersonal zwingend gegeben sein.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Hartmann sprach sich für eine deutliche Entlastung der Lehrkräfte im Bereich der Verwaltungsaufgaben aus. Auch müsse in den Schulen echte Schulsozialarbeit gewährleistet werden. Zudem sei eine bedarfsgerechte Personalplanung nötig. „Ich weiß, dass wir keine Lehrer und Sozialarbeiter backen können, deshalb brauchen wir mehr Investitionen in die Studiengänge von sozialen Berufen“, plädierte Hartmann für die Attraktivitätssteigerung dieser beruflichen Bereiche. Mit Mehrinvestitionen soll nach der SPD auch die frühkindliche Bildung komplett kostenfrei werden. Eine A13-Besoldung für Grundschullehrkräfte könne deshalb nicht sofort umgesetzt werden, müsse aber perspektivisch anvisiert werden. Bauer verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass eine A13-Besoldung für diesen Personenkreis aufgrund der geringeren Ausbildungsdauer beamtenrechtlich nicht so einfach umzusetzen sei.

Promny hielt fest, dass trotz einer gestiegenen Lehrerstellenanzahl nicht ausgeblendet werden dürfe, dass die Aufgabenlast sich deutlich erhöht habe, weshalb es mit Stellen allein nicht getan sei. „Wir wollen als FDP deshalb auch, dass Schulen mehr Freiheit und Eigenverantwortung bekommen.“

Sie wissen am besten, wo die Ressourcen benötigt werden“, sagte Promny. Insbesondere müssten Lehrkräfte auch von einer überbordenden Bürokratie befreit werden. Dass vereinzelt Lehrkräfte sich überlastet fühlen könnten, hielt Bauer für möglich. Jede Überlastungsanzeige sei auch ernst zu nehmen, doch seien in Hessen lediglich 95 Überlastungsanzeigen eingegangen. Elke Fischer vom Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße wies dabei aber darauf hin, dass die Zahlen nicht exakt seien. Das Kultusministerium habe Überlastungsanzeigen aus Schulen, die zur allgemeinen Entlastung kollektiv vom Kollegium formuliert wurden, einfach zusammengefasst.

Das Unterrichten, also die Kernaufgabe des Lehrerberufs, müsse wieder deutlich in den Vordergrund gerückt werden, darin waren sich alle Vertreter auf dem Podium einig. „Wir haben Probleme erkannt und haben sie angepackt. Natürlich dauert alles seine Zeit, nichts ändert sich von jetzt auf nachher. Wir sind noch nicht angekommen, aber wir befinden uns auf dem Weg“, unterstrich Bauer und verwies nochmals auf den Anstieg bei den Lehrerstellen. Julia Schnepf merkte an, dass Die Linke dafür plädiere, einen anderen Bildungsbegriff mehr in den Fokus zu rücken, der Kinder nicht als Mittel zum ökonomischen Zweck sehe, sondern deutlich mehr Wert auf die Herausbildung demokratischer und mündiger Bürger sowie tatsächlicher Chancengleichheit in der Bildung legt. „Es muss zudem darauf geachtet werden, dass eine gute Erfüllung des Lehrerberufs nicht auf einem hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit beruht, wie es derzeit ist“, so die Linken-Vertreterin.

Die SPD-Abgeordnete Hartmann plädierte dafür, in einer Sachstandsanalyse die aktuelle Situation und die damit verbundenen Probleme aufzuarbeiten. Dabei sei es dringend geboten, Lehrerverbände und Lehrkräfte selbst in die Diskussion mit einzubeziehen. Von einer neuen Debatte um eine Veränderung des Schulsystems halte sie nichts. „Das würde nicht gerade dafür sorgen, dass wir endlich mal Ruhe ins System bekommen“, so die Sozialdemokratin. In diesem Fall unterstützte sie das Ansinnen von CDU-Mann Bauer: „Wir stehen weiter für ein vielgliedriges Schulsystem. Eine Einheitsschule wollen wir nicht.“